

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“
„Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossin“

Anzeigenpreise: Die 9-spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 400.— M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienanzeigen, Verlehn- und Veranlagungsbekanntgebungen 150.— M. Kleine Anzeigen per Wort 25.— M. — Kleinanzeigen: Die Millimeterzeile 4-spaltig oder deren Raum im Text 500.— M.

Dienstag, den 17. Juli 1923.

Verlagspreis: Durch den Verleger 4000.— M. pro Woche. Durch die Post 6500.— M. pro Monat mit Nachzahlung des Differenzbetrages für Monats-Distribution und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 50. — Postfachkonto: Breslau Nr. 310 50. — Fernsprecher: Breslau, Amt 8837.

Die Metallarbeiter im Kampf

Der Streik der Metallarbeiter

Breslau, 17. Juli.

Mit 95—98 Prozent aller abgegebenen Stimmen lehnten die Breslauer Metallarbeiter gestern durch Abstimmung den Schiedsspruch ab und beschloßen, in den Streik zu treten.

Nachgehend geben wir einer Zuschrift aus Metallarbeiterkreisen Raum, aus welcher der einmütige Wille zum Kampf hervorgeht.

Noch nie war der Wille zum einheitlichen Handeln unter den Breslauer Metallarbeitern so stark wie in dieser Bewegung. Die Entschlossenheit und Kampfeslust sind Beweis dafür, daß die Metallarbeiter den Schiedsspruch, wie er in der Lohnpolitik der Gewerkschaftsinstanzen zu Tage kam, endlich satt haben. Das ewige Gehinte der Löhne hinter den Pressen und die ständige Sentung der Kaufkraft des Lohnes mußte ja schließlich auch den letzten Arbeiter auf den Kampfplatz bringen. Die in den Betrieben der Breslauer Metallindustrie vorgenommene Abstimmung legt bestes Zeugnis für den Willen der Arbeiter so oft abgesprochenen Kampfeswillen ab. An die 95—98 Prozent der in der Metallindustrie der großen Maschinenfabriken beschäftigten Arbeiter stimmten für Arbeitsniederlegung. Somit wäre der erste Schritt getan. Die Appropos, in die man die Metallarbeiter durch die Lohnpolitik versetzt, ist gewichen, die Arbeiter wissen, daß sie nur durch eignen Willen und eigene Kraft ihre Lebenslage verbessern können.

Die Tatsache, daß gerade die Breslauer Arbeiter die Arbeit niederlegen um höhere Löhne zu erkämpfen ist von weittragender Bedeutung. Mit einer Unmenge von Zeitungsaufschlägen und einem großen Wortschwall ver suchten die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die Arbeiter im ganzen Reich durch eine gewisse Lohnpolitik weiter in ihrer elenden Lage zu halten. Was wurde nicht alles geschrieben über: „Goldlöhne“, „Wertbeständige Löhne“, „Kroggen- und Indergelöhne“ und wie die anderen alle heißen, nur um den Arbeitern mit Zahlen den Kopf zu verdrehen und sie von ihren Aufgaben abzuhalten. Der Einführung der sogenannten „gleitenden Lohnskala“ im Reich sollen die Wege geebnet werden. Nun, der Schrei nach Brot, ausgefoßen von den Breslauer Metallarbeitern, die sich jahrelang von einem Lohnamt den Lohn nach einer gleitenden Lohnskala berechnen ließen, muß allen deutschen Arbeitern in die Ohren gellen, muß sie warnen. Die Feststellung unserer Partei, daß die gleitende Lohnskala eine beständige Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitermassen bedeutet, ist an den Breslauer Arbeitern, speziell an den Metallarbeitern, längst zur Tatsache geworden.

Was sollen nun die Metallarbeiter fordern und wie sollen sie ihren Kampf führen? Die Forderungen, Goldlöhne, Wertbeständige- und Indergelöhne sind nur Formeln. Diese Formeln realisieren, heißt, das Elend der Arbeiter für die Zukunft zu einem beständigen Begleiter zu machen. Die Metallarbeiter erkennen heute, daß nur der Kampf uns helfen kann. Nun wenn man kämpfen will, deshalb, weil die „gleitende Lohnskala“ zum Hunger führte, so werden die Arbeiter auch erkennen müssen, daß sie nur um eine Forderung kämpfen können, deren Inhalt ihnen das gibt, was sie vor dem Kriege hatten.

Friedensreallohn, das muß die Forderung sein! Der Arbeiter muß sich für seinen Lohn soviel an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen kaufen können, wie er es bei Friedenszeiten konnte. Jede andere Forderung heißt, die Arbeiter mit Illusionen füttern, von denen sie noch nie satt wurden. Ein verheirateter Handwerker mit 2 Kindern verdient heute kaum 500 000 M. und das Existenzminimum

für denselben Betrag schon in der Woche vom 6. bis 12. Juli 1 125 716 M. (nach der „Roten Fahne“).

Also das, was jedem zu dieser Summe fehlt, das muß gefordert werden.

Der bestehende Tarif mit seinen vielen Stafflungen muß in diesem Kampfe beseitigt werden. Sämtliche Arbeiterkategorien müssen mindestens bis zu 90 und 95 Proz. an den Lohn der Handwerker heranreichen.

Die Führung dieses Kampfes darf nicht in den Händen derer bleiben, die es bis jetzt nicht verstanden und nicht wollten, daß diese Forderungen durchgeführt wurden, sondern die Metallarbeiter müssen eine Streikleitung wählen, von der sie wissen, daß dieselbe alle Arbeiter für diese Forderung mobilisiert. Alle im Kampf stehenden Arbeitergruppen müssen zum einheitlichen Handeln zusammengeschlossen werden. Auch die Arbeiter der kleinen Maschinenfabriken müssen in diesen Kampf hineingezogen werden. Nur auf breiterster Grundlage, mit den schärfsten Mitteln geführt, wird der Kampf mit einem Siege enden. Alle Metallarbeiter müssen zu diesen Forderungen Stellung nehmen. Es darf nicht sein, daß nur von den Spitzen aus verhandelt wird. Nur wenn alle Arbeiter wissen, was gefordert wird, und wenn alle hinter diesen Forderungen stehen, gestützt auf die große starke Masse der übrigen Arbeiterschaft, können die Metallarbeiter ihren Kampf zum Siege führen.

Auch die Breslauer Expeditionsarbeiter im Streik

Am Montag sind die Transportarbeiter in den Breslauer Expeditionsbetrieben sowie die Mühlenkutscher in den Streik getreten. Letztere gehören mit zu den schlecht bezahltesten Arbeitern und erhalten Wochenlöhne von hunderttausend Mark.

Gesunkene Kaufkraft

Wir unterstellen einen Wochenlohn von 32 Mark der Vorkriegszeit und von 600 000 M. jetzt und wir nehmen dazu die Preise, die am 14. Juli d. Jz. Geltung hatten. Es ergeben sich dann folgende Vergleiche:

1913: 1 Tonne Stabeisen gleich 3,06 Wochenlöhne, jetzt eine Tonne Stabeisen 16,50 Wochenlöhne; 1 Woch-nlohn gleich 3,65 Zentner Roggen, jetzt ein Wochenlohn gleich 1,24 Zentner Roggen. Danach ist die Kaufkraft auf weniger als ein Drittel gegen früher gesunken.

Rein Existenzminimum

Die SPD- und USWB-Bürokratie versucht den Arbeitern einzureden, daß mit dem neuen Metallarbeitertarif ein Erfolg errungen sei. Mit solcher Erklärung geben die Gewerkschaftsbürokratie und die Sozialdemokratie ganz offen zu, daß man kein Existenzminimum verlangt.

Beweis: der bekannte Richard Salwer, Theoretiker des Produzentenstandpunktes, lange Jahre Lehrer an der Gewerkschaftsschule, berechnet in seiner Korrespondenz die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes wie folgt:

Woche bis 14. Juli 580 624 Mark
Woche ab 14. Juli 843 390 Mark

Comit ergibt sich eine Steigerung von einer zur anderen Woche um 45 Prozent. Der Berechnung ist zugrunde gelegt die dreifache Verbilligung eines deutschen Marinesoldaten in der Vorkriegszeit. Die Ration soll ausreichen für eine vierköpfige Familie. Nach dem letzten Abschluß bekommen die Metallarbeiter in Berlin für die Woche ab 14. Juli 12 500 M. Stundenlohn. Das ergibt einen Wochenlohn von 600 000 Mark. Herr Richard Salwer, der Theoretiker des Produzentenstandpunktes, lang-jährige Lehrer an der Gewerkschaftsschule, rech-

net den Gewerkschaftsführern aus, daß mit 843 390 M. erst die Kosten für die Nahrungsmittel einer Woche gedeckt seien.

Die Gewerkschaftsführer aber singen sich Loblieder, weil sie es fertiggebracht haben, die Metallarbeiter mit Spihensöhnen von 600 000 Mark für die Woche abzupfeifen. Die Metallarbeiter können dafür nicht einmal 2/3 der erforderlichen Lebensmittel für sich, eine Frau und zwei Kinder kaufen. Für sonstige Bedürfnisse, für Steuern, Kleidung, Miete kein Pfennig vorhanden. Die Gewerkschaftsbürokratie aber verteidigt ihre Lohnpolitik als grandios — im Dienste des Kapitals.

Demagogen

Die Stinnes- und Konforten versuchen fortgesetzt, die Kleinbürger gegen die Staatsautorität aufzukuppeln. Man läßt die Tarifpolitik der staatlichen Verkehrsunternehmen in der bürgerlichen Presse als Ursache der sprunghaftem Preissteigerungen denunzieren. Mit solcher demagogischen Taktik verfolgt man zweierlei Ziele. Sinnal mobilisiert man gegen die Regierung, die es noch nicht wagt, den Stinnes und seinen Spießgesellen die Reichsbahn für ein Butterbrot auszuliefern. Gleichzeitig miniert man gegen den Achtstundentag. Den Eisenbahnern soll der Achtstundentag zuerst genommen werden. Sie sollen wieder 14 und 16 Stunden arbeiten. Hunderttausende von Eisenbahnarbeitern und Angestellten sollen auf die Straße fliegen, um als Lohndrücker gegen die Industriearbeiterfchaft verwendet werden zu können. Wie demagogisch der Hinweis auf die Tarifpolitik als Antrieb der Preisbewegung im Lichte der Tatsache erscheint, das illustrieren folgende Zahlen:

Der Preis für Kohle und Eisen ist auf rund des 80 000fachen der Vorkriegslage gestiegen. Kohle und Eisen bilden den Hauptausgabeposten für die Reichsbahn. Die Lohnsteigerungen bilden dem gegenüber keinen ausschlaggebenden Faktor. Die Tarife sind tatsächlich hinter den Preissteigerungen noch zurückgeblieben. Die Tarife würden um ein Vielfaches in die Höhe springen, sobald die Reichsbahn den Schwerkapitalisten ausgeliefert worden ist.

Intrative Produktionsabotage

Unproduktive Notstandsarbeiten im bezogen Gebiet werden aus dem allgemeinen Bild bezahlt. In großem Maßstabe läßt nun die Industrie auf allgemeine Kosten Reparaturarbeiten ausführen. Ganz neue Anlagen entstehen ohne Kosten für die Unternehmer. Die letzten Maßnahmen der Franzosen geben nun auch dem Bochumer Verein Stahlabrik Anlaß für einige Wochen die Löhne aus der Reichskasse zu beziehen. Die Verwaltung läßt erklären, daß sie wegen mangelnder Kohlenzufuhr das ganze Werk stillgelegt habe und — vorläufig Notstandsarbeiten verrichten lasse.

Es ist die Zeit der üblichen Inventuraufnahme und großen Reparatur. Die Republik des Falles muß jetzt die Kosten dafür bezahlen.

Strafe für passiven Widerstand

Kürzlich wurde die Zeche Humbold (Mühlheimer Bergwerksverein) von Franzosen besetzt. Sie Arbeiter traten in den Streik. Sie bekämpften den Grundlag: Keine Arbeit unter Bajonetten. In der Theorie wunderbar, aber sie paßt nicht überall in das kapitalistische System. Bei der letzten Löhnung wurde der Belegschaft ein Abzug für Streiklichter gemacht. Die Kapitalisten lassen sich aus der Ruhepende speisen, sie nehmen Reichskredite in Anspruch für den passiven Widerstand und Bajonetten zu arbeiten. So wird die „Einheitsfront“ ermüdet.

Der historische Sinn des Faszismus

Wir bringen heute den ersten Teil eines Artikels aus einer neuen erschienenen Broschüre unseres italienischen Genossen Giulio Aguilas. Ansgeschichte des faszistischen Aufmarsches ist er für die deutsche Arbeiterschaft von Interesse und Bedeutung.

Die verworrenen politischen Verhältnisse und noch mehr die inneren Widersprüche haben es der Arbeiterschaft immer erschwert, das wahre Wesen des italienischen Fasizismus zu erkennen. Nicht nur im Ausland hatte — und hat man auch vielleicht heute noch — ein unklares Bild von ihm, auch in Italien selbst gingen die Anschauungen über ihn auseinander. Erst recht in Italien. Denn während die Arbeiterschaft der übrigen Länder auf Grund der ins Ausland dringenden Nachrichten über die Zerschlagung von Arbeiterlagern und die blutige Verfolgung der kommunistisch und sozialistisch organisierten Arbeiter urteilen und daran den gegenrevolutionären Charakter des Fasizismus im allgemeinen erkennen konnte, wurde bei den italienischen Arbeitern die klare Erkenntnis durch die Unmittelbarkeit der lokalen Verhältnisse erschwert. Der eine sah nur, daß die sogenannten „Strafexpeditionen“ in den ausgeprägten agrarischen Provinzen Mittel- und Nord-Italiens am blutigsten waren, der andere achtete nur auf die Zusammenziehung der faszistischen Truppen, der „Gefchwader“, deren Hauptbestandteil in einer späteren Entwicklungsphase des Fasizismus tatsächlich deklassierte Elemente waren; der dritte wiederum machte darauf aufmerksam, daß Kleinbürgertum in immer größerem Maße den faszistischen Organisationen zufließt, und den vierten täuschte der Umstand, daß fast alle führenden Personen des Fasizismus aus der Arbeiterbewegung hervorgingen. Es waren auch die äußerst radikal klingenden „programmatishen“ Forderungen der ersten Propagandazeit (wir werden sie im nächsten Kapitel betrachten), die „revolutionäre Phrasologie des Fasizismus, ein Gebahren, wie z. B. die mittels des Terrors erzwungenen Preissteigerungen der Lebensmittelpreise, Preisbehebungen, die übrigens ganz plötzlich austraten und sich immer nur gegen Kleinverkäufer und Hökerinnen richteten), sowie der Kampf des Fasizismus gegen die Machthaber im Staat, gegen den „alten Staat“, die Forderungen nach Entthronung des Herrscherhauses und nach Ausrückung der Republik, die darnach angetan waren, den klaren Blick vieler zu verdunkeln. Heute braucht wohl nicht mehr durch längere Beweisführungen bewiesen zu werden, daß der Fasizismus — historisch genommen — ein Vorstöß des Industriekapitals. Den Beweis dafür haben die ersten sechs Monate der Mussolini-Regierung unwiderlegbar erbracht. Es genügt, einen Blick auf die Wirtschaftspolitik der Fasizistenregierung zu werfen, um sich davon zu überzeugen.

So sehr nun auch die speziellen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Italiens dem Fasizismus in Italien ihr Gepräge gegeben haben, der Fasizismus ist keine Spezialität Italiens, sondern er ist internationaler von größter Aktualität, er wurzelt in den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der Gegenwart.

Der fünfjährige imperialistische Krieg hat den wirtschaftlichen Unterbau der kapitalistischen Gesellschaft im Weltmaßstabe derart gerüttelt, daß ein Wiederaufbau der Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage der Produktion mit der

Unternehmerfreiheit

Am 1. Januar 1923 hat die Reichsregierung die Unternehmerfreiheit von dem Landesherrn in der Reichsregierung...
Der Herr Reichsminister erklärt, daß er seine Kündigung zu erwarten habe. Weiteres aus diesem laueren Betriebe folgt.

Abbau der Leno

Auf die Anfrage der Abgeordneten Bräunig, Ruffner und Gieseler an den Reichsminister...
Die Reichsregierung hat die Leno...
Auf die Anfrage der Abgeordneten Bräunig, Ruffner und Gieseler an den Reichsminister...
Die Reichsregierung hat die Leno...

Wie Ehrhardt sich entfernte

Darüber herrscht noch tiefes Dunkel. Jedenfalls waren Vorbereitungen von langer Hand getroffen. Mit voller Absicht wurde der Prozeß verzögert. Der Verteidiger äußerte sich Ende Juni einem Redakteur der „N. A. Z.“ gegenüber: „Übrigens wird es niemals zum Prozeß Ehrhardt kommen...“
Sie werden ja sehen. Ehrhardt wurde fast täglich von seiner Frau ohne Heugut besucht. Einige Tage vorher veränderte Ehrhardt seine Haartracht, telefonierte (1) an einen Herrn, ihn nicht am Freitag zu besuchen und nahm ein Bad, um sich für die Reise zu stärken. Dann ging er durch die ins Landesgericht führenden Alleen, die von seinen zahlreichen Helfern geöffnet wurden, auf die Straße. Nach einer um Heutzutage ungewöhnlichen Feststellung des Polizeipräsidenten hielt vor dem Hotel „Deutsches Haus“ am Königsplatz ein Auto (Lubowagen, dunkelblau gestrichen, schwarzes Verdeck), in das gegen 5 Uhr drei Personen, darunter Ehrhardt, in eiligem Laufe von der Wälderstraße kommend, stiegen.

Lorten und Bier für Ehrhardt

Im Schaufenster einer großen Berliner „Hof“-Konditorei ist eine große Marzipantorte ausgestellt. Darauf steht man in Zuckerguß die Burg Saaleck und umrahmt von landierten Eichenblättern den Spruch: „Den Feldern zur Ehre, wollen wir uns bewähren.“

So feiern die Faschisten das Gedächtnis der Rathenau-Mörder. Ob Herr Ehrhardt den Vorfall in der Feier hatte, für die diese Torten bestimmt war? Es gab außer Marzipan wohl auch Strümpfe von Seide, die am Tage seiner Flucht flossen. Die Leipziger Studenten hatten sich zu Ehren Ehrhardts in Freiheit begeben. Inzwischen wird er sich mit Lubendorf und seinen Freunden beim Münchener Turnfest zu neuen Taten in Bayern vereint haben.

Wegen Beihilfe in Sachen Ehrhardt sollte auf Verlangen des Oberreichsanwalts der neue Vorsitzende der bayerischen Ordnungsbehörde, Dr. Karl Schöpfer, verhaftet werden. Auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses wurde er jedoch für nicht transport- und haftfähig erklärt.

Attentatsplan gegen eine kommunistische Zeitung

Berlin, 17. Juli.
In Solingen wurden faschistische Attentatspläne gegen die kommunistische „Vergeltung“ Arbeiterinnenseite“ entworfen. Die Arbeiterinnenseite hat Maßnahmen ergriffen, diese Angriffe zu vereiteln.

Bulle provoziert

Berlin, 17. Juli.
Der deutschvölkische Reichstagsabgeordnete Wulle hat einen offenen Brief an den Reichsfiskus gerichtet, worin er einen Angriff auf den Minister Sebering und auf Sachsen und Thüringen ankündigt. Die Organisation Sozialistischer Arbeiter hat die Arbeiterinnenseite gewarnt, sie darf keinen Moment zur Gegenwehr verlieren.

Gemeinsame Front am Antifaschistentag

Berlin, 17. Juli.
In Hagen ist ein gemeinsames Abwehrkomitee der SPD und USV gegen den Faschismus zusammengetreten. Die Arbeiterinnenseite des Landes und Niederlande wird zum Antifaschistentag am 29. Juli in Hagen eine gemeinsame Front bilden.

Beschwundene Herrlichkeit!

Am Freitag wurde in Hamburg das Pfund Kaffee mit 107 000 Mark Verkaufspreis notiert. Bei solchen Preisen gehört Kaffee für die meisten Proleten zu dem unerreichbaren Genussmittel. Er bleibt den Klassen reserviert.

Stimmes lobt seine Streikere.

Die Stimmes schreibt am 12. Juli wörtlich: „Die Gewerkschaftsführer, die den besten Willen zur Beilegung des Streiks haben, hatten gestern schwere Arbeit.“ Die im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Diktatur tätigen Gewerkschaftsführer bekommen das Lob von Stimmes.

Die Anerkennung der Arbeiterinnenseite

Die Anerkennung der Arbeiterinnenseite muß darin bestehen, daß sie diesen Herrschaften sobald wie möglich den Fußtritt verweigert, im Interesse der Erhaltung der Gewerkschaften als Kampforgan der Arbeiter.

Der Sabotagekampf an der Ruhr

In Weimar bei Bochum ereignete sich in einem französischen Automatenpark eine Explosion. Ohne festzustellen, ob es sich um einen Anschlag oder um eine Entzündung infolge des Gewitters handelt, verhängten die Franzosen, wie mehrere Blätter aus Essen melden, sofort über Bochum und Weimar den verhängnisvollen Belagerungsstand. Von abends 8 Uhr bis morgens 5 Uhr ist jeder Verkehr verboten. Durch Herablassen der elektrischen Leitung haben die Franzosen den Straßenbahnverkehr völlig stillgelegt.

In blauen Jeansanzügen

In blauen Jeansanzügen ist es in Erlangen während der letzten wälderischen Verbände und Arbeiterturnen gekommen. Auch in Erlangen in Pommern kam es zu blauen Jeansanzügen zwischen Motorradfahrern und Arbeitern. Es gab auf beiden Seiten Verwundete. Die Schuld trifft die nationalen Verbände.

baues ihrer Wirtschaft...
Die faschistischen Machtmittel, der legale demokratische Staatsapparat, reichen auch mit der aktiven Unterstützung der Sozialdemokratie nicht mehr dazu aus, das relativ erstarrte Proletariat in eine gesteigerte Ausbeutung zurückzuführen. Die Bourgeoisie stößt daher die „demokratischen“ Machtmittel, den legalen und demokratischen Staat — (an den nur noch die sozialdemokratischen Führer so kampfhaft glauben, wenn es überhaupt der Fall ist, daß sie noch daran glauben) — ab. Sie stößt ihn nicht nur von sich, sondern sie stößt ihn um, greift zu anderen Mitteln, von denen sie hofft, daß sie ihr zu ihren Zielen verhelfen werden.

Das ist der historische Sinn des Faschismus! In Italien ebenso wie in allen anderen Ländern Europas und Amerikas. Daß die Bourgeoisie auf das „höhere Prinzip der Demokratie“, auf den „legalen“ und „demokratischen“ Staat pfeift und ihn durch außerlegale und terroristische Mittel ersetzt, mit denen sie das Proletariat im politischen und bewaffneten Kampfe niederringt, um das auf die Anlegethungen des Proletariats nicht mehr durch die Machtmittel eines „demokratischen“, sondern eines „faschistischen Staates“ an Fäden und Fäden zu binden und aus ihm die Kosten des Wiederaufbaues ihrer kapitalistischen Wirtschaft und ihrer bürgerlichen Klassenherrschaft herauszupressen!

Das ist der historische Sinn des Faschismus, den die Arbeiter in allen Ländern klar und rechtzeitig erkennen müssen, um der ihnen drohenden Gefahr vorbeugen zu können, ehe es zu spät ist. Die Fördern und verbündeten Nebenrechnungen haben diese rechtzeitige Erkenntnis in Italien verhindert, und das italienische Proletariat hat es nicht nur mit Tausenden von Toten und Verwundeten (in den Jahren 1921 bis 1923), nicht nur mit dem Verlust von 20 bis 30 Prozent und teilweise auch 50 Prozent seines Arbeitslohnes bezahlt, sondern auch mit dem Verlust seiner persönlichen Freiheit und der Organisationsfreiheit, mit der gänzlichen Zerrüttung aller seiner Klassenorganisationen, die jetzt in Hunger und Elend, unter dem wütenden Terrorregime, unter Gefährdung und Aufopferung der persönlichen Freiheit und des Lebens anderer Tausender wieder aufgebaut werden müssen, will das italienische Proletariat sich auch nur halbwegs erträgliche Zustände schaffen.

Ehrhardt auf dem Sprunge

Dem Mindesten muß es klar sein, daß Ehrhardts Flucht mehr bedeutet, als die Flucht eines Gefangenen aus der Untersuchungshaft (die übrigens mehr als sechs Monate dauerte, bis alle Vorbereitungen durchgeführt waren). Es ist das Signal: alles fertig! Sturm! marsch, marsch!!!

München, Leipzig, Berlin — Stationen der Vegetation, die sie in beschleunigtem Tempo durchkragt. Will sich das Proletariat zernichten lassen?

Wir Kommunisten haben immer wieder gemahnt und zur Abwehr, zum Selbstschutz aufgerufen. Als Antwort hat Sebering die gemeinsamen Hunderttausenden des Proletariats in Preußen verboten. Kommunistische Funktionen wurden verboten, kommunistische Blätter wurden verboten. Inzwischen stehen die hohen und höchsten Behörden dem Verschwörern Zeit und erleichterten ihnen durch wiederholte Prozeßverchiebungen die Gelegenheit, den Führer aus der Scheinhaft zu befreien. Bis in die letzten Tage hat der „Vorwärts“ offensivliche Beweise, daß die Konterrevolution vor dem Vorstoß steht, in den Wind geschlagen und die Sammlungsparade der SPD, ihren Appell an die Massen verhöhnt. Jetzt nennt auch er die Flucht Ehrhardts ein Signal zur höchsten Bereitschaft.

Sollen sich die Vorgänge wie beim Kapp-Putsch wiederholen? Ihre Leiter waren auch damals Ehrhardt und Gittlich. Die sozialdemokratische Arbeiterinnenseite hat ihre Verantwortung nicht abgeben müssen. Heute sind wieder die halben und die ganzen Kappisten am Ruder, und mächtiger und übermächtiger denn je. Lubendorf und Rapprecht stehen vor den Toren; Sebering an der Spitze der Reichswehr, Heine an der Spitze des Justizministeriums. Unter Sebering und Heine hat der Faschismus seine feste Verankerung in der Reichswehr gefunden, unter Heine haben die Justizbehörden sich förmlich gezeigt. Will Herr Heine, will der Oberreichsanwalt nach der paradenhaischen durchgeführten Flucht Ehrhardts auch noch die Verhängung der Parader-Mordaffäre, das Entwischen der Rohrbach, Ruge und Kowalewski auf ihr Konto nehmen? Die Rohrbach, Ehrhardt, Jagow konnten auch noch unter der Obhut der Justizbehörden ihre Jüden nach Marzetta, Wien und Budapest spinneln, wozu ja eben erst der Mord der

bedeutung des Proletariats nicht möglich ist. Das ist und bleibt eine Tatsache, die trotz der „Versündigungsrechnungen“ in den mächtigsten Siegerstaaten und trotz der wirtschaftlichen Konjunktur in Nordamerika und trotz der wirtschaftlichen Verhältnisse in England, die in der letzten Zeit eine gewisse Besserung aufweisen.

Obgleich mit der Erschütterung des wirtschaftlichen Unterbaues und — von den anderen Faktoren jetzt abgesehen — infolge derselben war unmittelbar nach dem Kriege auch die politische Macht der Bourgeoisie erschüttert, hauptsächlich in Mittel-, Süd- und Osteuropa. Jedoch blieben auch die Siegerstaaten und die Neutralfürsten nicht davon verschont. Diese Voderung der politischen Macht der Bourgeoisie brachte automatisch eine relative Verstärkung der Machtposition der Arbeiterklasse mit sich. Jedoch nur dort, wo eine zielbewusste kommunistische Partei vorhanden war, die das Proletariat führen konnte, also im heutigen Sowjetrußland und den föderierten Sowjetrepubliken, verstand das Proletariat die Schwäche der Bourgeoisie auszunutzen und seine belebte Machtposition bis zur Unterwerfung der Bourgeoisie und zur Aufrichtung seiner Diktatur als Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu steigern. In den mittel- und südeuropäischen Ländern, wo die objektive Lage für die Ergreifung der Macht seitens des Proletariats nicht weniger reif war, wo aber die subjektive Vorbereitung der proletarischen Revolution, eine gut organisierte, zielbewusste, bei den Arbeitermassen einflussreiche kommunistische Partei, fehlte, fehlte die Weiterentwicklung der Revolution am Verrat der reformistischen und sozialdemokratischen Führer. Dieser Verrat hatte in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen. In Deutschland z. B. oder in Deutsch-Oesterreich, wo die sozialdemokratische Führerschaft den weitaus größten Teil der Arbeitermassen noch fest in den Händen hielt, bot sie der Bourgeoisie eine Koalition an, um — wie sie sagte — durch die Aufrichtung der „demokratischen Republik“ auf dem Wege zum Sozialismus zu gelangen. — Als wenn die „demokratische“ Republik und nicht die Klassendiktatur des Proletariats die Stufe zum Sozialismus wäre!

Aun ist aber die „demokratische“ Republik der Sozialdemokraten in einer Koalition mit der Bourgeoisie in den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ein historisches Ding! Denn wenn schon die vorrückende „normale“ Ausbeutung des Proletariats nicht ausreichen kann, um die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage wieder aufzubauen — (und die Sozialdemokraten wollten und wollen den Wiederaufbau nur auf kapitalistischer Grundlagel) —, so ist es doch klar, daß dieser Wiederaufbau in der „demokratischen“ Republik noch weniger möglich ist, da in dieser — und auch in den demokratischen Königreichen wie England und Dänien vor dem Faschismus — die Arbeitermassen im Verhältnis zur Vorkriegszeit immerhin eine größere Machtposition haben, die sie ganz gewiß nicht dazu ausnutzen werden, um ihre eigene Ausbeutung seitens des Kapitals und im Interesse des Kapitals freiwillig noch über das „normale“ Maß hinaus zu steigern. Vielmehr werden sie ihre größere Machtposition dazu ausnutzen, zu versuchen, das Maß dieser „normalen“ Ausbeutung herabzusetzen. Ja, sie müssen es versuchen, da ihr Elend sie dazu zwingt. — Und die sozialdemokratischen Führer können in ihren bürgerlichen Ministerposten diese Bestrebungen der Arbeiter nur durch neuen und immer wiederholten Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse zum Scheitern bringen.

Es ist nun klar, und jedem denkenden Menschen leuchtet das von jeher ein, daß eine solche Situation sich auf die Dauer nicht halten läßt, wenn nicht beide Teile im Kampfe, sondern kampflös untergehen sollen. Die sozialdemokratischen Führer waren bereit, und wären es auch noch, die Arbeiterklasse einem solchen kampflösen Untergehen auszuliefern, allein sie rechneten nicht mit dem zweiten Faktor, mit der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie ist nicht geneigt, kampflös unterzugehen. Das mag für die sozialdemokratischen Führer eine Ueberreizung und sogar eine unangenehme Ueberreizung sein, für uns Kommunisten ist es keine Reizigkeit. Wir haben es immer gesehen, und wir haben es auch vorausgesagt, daß, wenn es den sozialdemokratischen Führern gelingt, die Entwicklung der Revolution zum Scheitern zu bringen, die Bourgeoisie, die in den ersten Nachkriegsjahren ohnmächtig darniederlag, sich aus ihrer Ohnmacht aufrichten und alles aufbauen wird, um ihre Wirtschaftsverhältnisse und unbeschränkte Klassenherrschaft wieder aufzurichten.

Aus der zerrütteten Wirtschaftslage, deren Wiederaufbau eine gesteigerte Ausbeutung des Proletariats erfordert, einerseits, aus der infolge der geschichtlichen Umstände ersparten relativen, aber doch passiven Machtposition der Arbeiterinnenseite andererseits, folgt aber, daß die Bourgeoisie das Problem des Wiederauf-

Schafft Munition!

Die deutsche Arbeiterklasse geht unausweichlich schweren Kämpfen entgegen. Sollen diese erfolgreich geführt werden, so ist es notwendig, daß alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sich in der proletarischen Einheitsfront zusammenschließen. Die Träger der proletarischen Einheitsfront sind die Betriebsräte. Ihre historische Aufgabe ist es, die Führung dieser Kämpfe zu übernehmen.

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte faßt alle klassenbewußten Arbeiter, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit zusammen und hat nach dem völligen Verlegen der Gewerkschaftsbürokratie und der Unfähigkeit der Behörden den Weg der Selbsthilfe beschritten. Nur dieser Weg allein führt heraus aus Elend und Not!

Darum, Arbeiter, Klassengenossen! Stellt euch geschlossen in die Reihen der kämpfenden! Sorgt dafür, daß dieser Kampf nicht an finanziellen Schwierigkeiten leidet. Fordert überall von euren Betriebsräten Sammelstellen für den Reichsausschuß der Betriebsräte in der Sammelwoche vom 22. bis 29. Juli!

Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, mindestens einen Stundenlohn für diesen Kampf zu opfern!

Hausfrauen und Kinder! Beraussetzt Straßen- und Hauskammern und helft so mit an dem großen Werke!

Spannt alle Kräfte an, damit auch der letzte Ableitende für diesen Kampf gewonnen wird.

Die gesammelten Beträge sind reiflos an die Kasse des Reichsausschusses abzuführen. Und zwar unter der Adresse: August Schmitt, Berlin SO. 33, Faldensteinstraße 19, Postfachkonto Nr. 145 245, Postfachamt Berlin NW. 7. Die öffentliche Quittung erscheint in der nächsten Nummer des Mitteilungsblattes der Betriebsräte.

Proletarier hungern — Lebensmittel werden. Aus Bremen wird gemeldet: Aus dem Lagerhaus der Firma Halem u. Co. Kaffernmittelgroßhandlung, wurden am Donnerstag voriger Woche große Mengen von Fleischkonferten gefahren und in die Metzgereien. Nach Proben, die unferem Bremer Paracelsus vorgelegt wurden, handelt es sich um total verdorbenen Lebensmittel, die anheimelnd zum Zwecke der Erzielung höherer Preise zurückgehalten wurde.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland

Wir entnehmen diesen Abzug dem Artikel des Sowjetischen Arbeiter-Kongresses in dem Sammelband 'Das heutige Rußland' erschienen im Verlag S. S. Grenier-Verlag. Das Buch enthält eine Fülle von wertvollen, objektiven Aufzeichnungen über die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Ein Kinderheim der roten Hilfe

Am Sonntag, den 1. Juli, wurde das erste Kinderheim der roten Hilfe in Sowjetrußland eröffnet. Das Heim ist ein Werk der roten Hilfe, die die Kinder der Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zu erziehen und zu bilden hat. Das Heim ist ein Ort, an dem die Kinder in einer gesunden und glücklichen Umgebung aufwachsen können.

Das erste Kinderheim der roten Hilfe in Sowjetrußland ist ein Werk der roten Hilfe, die die Kinder der Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zu erziehen und zu bilden hat. Das Heim ist ein Ort, an dem die Kinder in einer gesunden und glücklichen Umgebung aufwachsen können.

Das erste Kinderheim der roten Hilfe in Sowjetrußland ist ein Werk der roten Hilfe, die die Kinder der Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zu erziehen und zu bilden hat. Das Heim ist ein Ort, an dem die Kinder in einer gesunden und glücklichen Umgebung aufwachsen können.

Die Arbeiter der roten Hilfe

Die Arbeiter der roten Hilfe sind die Arbeiter der roten Hilfe, die die Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zu erziehen und zu bilden hat. Die Arbeiter der roten Hilfe sind die Arbeiter der roten Hilfe, die die Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zu erziehen und zu bilden hat.

Die Arbeiter der roten Hilfe sind die Arbeiter der roten Hilfe, die die Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zu erziehen und zu bilden hat. Die Arbeiter der roten Hilfe sind die Arbeiter der roten Hilfe, die die Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zu erziehen und zu bilden hat.

Die Arbeiter der roten Hilfe sind die Arbeiter der roten Hilfe, die die Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zu erziehen und zu bilden hat. Die Arbeiter der roten Hilfe sind die Arbeiter der roten Hilfe, die die Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zu erziehen und zu bilden hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Die rechtliche Stellung der Frau in Sowjetrußland ist ein Thema, das in den letzten Jahren von großer Wichtigkeit geworden ist. Die Frau hat in der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt, und ihre rechtliche Stellung hat sich in erheblichem Maße verbessert. Dies ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution, die die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann zum Ziel hat.

Aus Breslau

Nicht so hitzig, liebe „Volksstimme“

Unter der Epithete „Hand aufs Herz, Herr Oberpräsident“, gaben wir vor einigen Wochen unseren Lesern Kenntnis von einem sogenannten „offenen Brief“, den das „Faltenkreuzblatt, die „Schlesische Volksstimme“, an den Oberpräsidenten Zimmer geschickt hatte. In diesem Briefe wurde dem Oberpräsidenten von den „Faltenkreuzern“ befohlen, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wegen des Aufrufes vom 30. Mai 1923 zu verbieten.

Wie es in der sogenannten Republik nicht anders sein kann, hatten sich die Behörden beeilt, ein Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Blattes einzuleiten, obwohl der Aufruf, den wir am 30. Mai veröffentlichten, in zahlreichen Städten unbeanstandet erschienen ist.

Das Orgelblatt ist mit diesem Erfolg noch nicht zufrieden und schreibt:

Der zionistische Regierungsrat Dr. Hamburger hat die Zeitung durch den Oberpräsidenten bis heute noch nicht verbieten lassen, ebensowenig hat sich Oberpräsident Zimmer bis heute noch nicht bemüht gefühlt, auf unsere diesbezüglichen Fragen zu antworten. Wir stellen dies hiermit fest. Nun hat uns der Oberreichsanwalt auf unsere diesbezügliche Frage mitgeteilt, daß sowohl der Volksgerichtspräsident als der Oberstaatsanwalt in Breslau von Amts wegen ein Verfahren gegen die „Arbeiter-Zeitung“ eingeleitet hätten, das mit dem beim Oberreichsanwalt anhängigen verbunden worden sei. In beiden Verfahren sei die Beschlagnahme der betreffenden Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ erwirkt worden.

Wir sind der „Schlesischen Volksstimme“ für ihre Mitteilungen außerordentlich dankbar, denn bis zum heutigen Tage war uns unbekannt, daß auch der Oberreichsanwalt ein Verfahren gegen uns eingeleitet hat!

Vielleicht besitzt die Redaktion der „Schlesischen Volksstimme“, die über außerordentlich gute Verbindungen zu verfügen scheint, die Güte, uns auf ähnliche Weise über den Stand von circa 15 schwebenden anderen Strafverfahren gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ zu unterrichten. Wir ersparen unserem Anwalt dadurch die Mühe der Anwesenheit.

Im übrigen stimmt es nicht, daß die betreffende Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ schon beschlagnahmt ist.

Nach den Mitteilungen der „Schlesischen Volksstimme“ aber haben wir allen Grund anzunehmen, daß die Beschlagnahme zwar nicht „erwirkt“, dagegen schon „verfügt“ und in den nächsten Tagen zu erwarten ist.

Also nicht so hitzig, edle Demagogen!

Die „Volksmacht“ gegen die Bedürfnislosigkeit der Arbeiter

Ein Arbeiter schreibt uns: Die „Volksmacht“ gebärdet sich immer verächtlicher. Dieser Tage brachte sie einen Artikel (angeblich aus der Feder eines alten Parteigenossen), worin der Sommer gelobt wurde, weil er die Proletarier bedürfnislos machen würde. Die „Arbeiterzeitung“ übte an diesem Lobgesang auf die Bedürfnislosigkeit scharfe Kritik. Und siehe da, die „Volksmacht“ kann so und auch anders.

In ihrer Montagnummer bringt sie unter der Überschrift: „Die verdammt bedürfnislosigkeit“ folgende Mahnung Lassalles an die deutschen Arbeiter:

Ihr deutschen Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern, da mühte man plaudern, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, Euch aber muß man vorher noch beweisen, daß Ihr in einer traurigen Lage seid. Solange Ihr nur ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt Ihr das gar nicht und wißt gar nicht, daß Euch etwas fehlt.

Das kommt von Eurer verdammt bedürfnislosigkeit! Wie, werdet Ihr sagen, ist die Bedürfnislosigkeit denn nicht eine Tugend? Ja, vor dem christlichen Moralprediger, da ist die Bedürfnislosigkeit allerdings eine Tugend! Die Bedürfnislosigkeit ist die Tugend des indischen Säulenheiligen und des christlichen Mönches; aber vor dem Geschichtsforscher und dem Nationalökonom da gilt eine andere Tugend. Fragen Sie alle Nationalökonom: welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat. Denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und Kultur.

Lassalle hatte freilich recht. Heute aber ist es viel schlimmer als zu Lassalles Zeiten. Das Mädchen schlechte Wurst, und das Glas Bier, das sich der Arbeiter damals noch leisten konnte, ist längst von unseren Tischen verschwunden. Statt Wurst und Bier gibt es ranzige Margarine auf Brot und günstigen Falls dreimal aufgewärmten schwarzen Malzkaffee, mit oder ohne Wasser.

Und trotzdem läßt die sozialdemokratische Presse den Arbeitern bei diesen Kämpfen in den Rücken, bezeichnet die Streiks als „wild“ und hilft den Unternehmern.

Und die sozialdemokratischen Führer? Sind sie nicht Schuld an der verdammt bedürfnislosigkeit und Passivität weiter Arbeiterklasse? Sind sie es nicht, welche die Einheitstrotz der Proletarier und die Arbeiterregierung bekämpfen?

Darum müssen alle Klassenbewußten Arbeiter der USPD den Rücken kehren und gemeinsam mit uns Kommunisten für die Arbeiterregierung kämpfen.

Der Inhalt der Schupo

Ein Breslauer Schupowachmeister schreibt uns:

Bei der früheren „Königlichen Polizei“ war es Sitte, daß der Schupmann während der heißen Jahreszeit seinen Dienst nicht im Helm zu machen brauchte, sondern es genügte das Tragen der Dienstmütze. In der Republik hält man anscheinend derartige Dienstvereinfachungen für unangebracht und möchte am liebsten jedem Beamten noch ein leichtes Maschinengewehr auf den Rücken schnallen.

Der Herr Polizeipräsident, der sein Haupt jetzt im Sommer mit einem leichten Strohstrophut zu bedecken pflegt, weiß offenbar nicht, was es heißt, im Vorderschloß auf der Straße sich den sengenden Strahlen der Sonne stundenlang auszusetzen. Wenn die Dienstmütze dem sogenannten „Ansehen“ der früheren königlichen Polizei nichts geschadet hat, so dürfte die Republik auch nicht zugrunde gehen, wenn die Schupobeamten im Sommer eine leichte Mütze tragen.

Erhöhung der standesamtlichen Gebühren. Gemäß Artikel 3 des Gesetzes über standesamtliche Gebühren vom 8. März 1923 (Reichsgesetzblatt I. S. 187) werden die im Artikel I Ziffer II d. selbigen vorgesehenen Gebührensätze mit Zustimmung des Reichsrats auf das Sechsfache erhöht. Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1923 in Kraft.

Steigender Brotpreis. Der Preis für das Markengebäck ist vom 16. Juli 1923 ab auf 1250 Mark für das Pfd. Brot, 5000 Mark für das 4 Pfund Brot, auf 350 Mark für die Semmel von 100 Gramm Teiggewicht heraufgesetzt worden. Zu gleicher Zeit hat sich der Preis für das Markenmehl auf 950 Mark für das Pfund Roggenmehl und 1000 Mark für das Pfund Weizenmehl erhöht.

Breslauer Bevölkerungsbewegung im Juni 1923. Fortgeschriebene Bevölkerung am 31. Mai 1923 560.895, Zahl der Geborenen (ausschließlich Totgeborene) 850, Zahl der Gestorbenen (ausschließlich Totgeborene) 650, Geburtenüberschuß + 200, Eheschließungen 445, Zahl der von auswärts Zugezogenen 3847, darunter Haushaltungen 170, Einzelpersonen 3373, Zahl der nach auswärts Abziehenden (berechnet) 4293, darunter Haushaltungen 232, Einzelpersonen 3675, Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-) - 446, Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-) - 280, Fortgeschriebene Bevölkerung am 30. Juni 1923 560.615.

Aus der Provinz

Die „Bergwacht“ für die Prügelstrafe

Die „Bergwacht“ berichtet aus dem Kreis Landeshut über „kommunistische Kinderverhexung.“ — Sie schreibt, nachdem sie einige Sätze aus einem von den Kindern verteilten Flugblatt gegen die Prügelstrafe zitiert hat, wörtlich Folgendes:

„Dieses ganze dumme Geschwafel dient hauptsächlich dazu, eine der berüchtigten kommunistischen Kindergruppen zu bilden, weil es wahrheitlich nach kommunistischer Logik nichts Besseres geben kann, als die Verhexung schon bei den Kindern beginnen zu lassen, damit ja rechtzeitig genug die Verwilderung der Sitten beginnt. Um so mehr haben wir alle Veranlassung, uns dagegen in schärfster Form zu verhalten und von den Behörden zu verlangen, daß sie hiergegen mit allen Mitteln einschreiten.“

Höher geht die Gemeinheit wirklich nicht. Ein angeblich sozialdemokratisches Blatt findet es ganz in der Ordnung, daß in den Volksschulen weiter geprügelt wird und ruft nach dem Staatsanwalt, weil kommunistische Arbeiter und ihre Kinder gegen die Prügelstrafe in den Volksschulen agitieren.

Weil unsere jüngsten Streiter ihren Genossen zurufen: „Fragt doch einmal die Herrenhöchsten mit den bunten Mützen, ob auch ihre zarte Haut Prügel zu fühlen bekommt? Sie werden Euch erstaunt ansehen und über die thörichte Frage lachen. Denn in den höheren Schulen ist das Prügeln verboten, in den Volksschulen hingegen erlaubt.“ entziffert sich das Ausharbeitsblatt darüber, daß gegen die Verhexer gehandelt wird.

Das ist schamlose Demagogie. Die Agitation unserer Genossen richtet sich nicht gegen die wirklichen Lehrer, die lehren, sondern gegen jene erbärmlichen Afterspedagogen, die in ihrer pädagogischen Unfähigkeit und Hilflosigkeit kein anderes Erziehungsmittel kennen als den Rohrstock.

Solche Prügelhelden gehören nicht in die Schule, sondern in eine schlecht geleitete Hundebesetzungsanstalt. Denn wer heute magt, die schwächlichen, unterernährten, bleich lüchigen, meist tuberkulösen Arbeiterkinder zu misshandeln, der begeht ein Verbrechen an Leib und Seele der Jugend.

Rum Kampf gegen die Prügelstrafe in den Volksschulen sind in erster Linie diejenigen berufen, die unter diesem Erziehungssystem zu leiden haben und das sind nun einmal die Proletarierkinder. Und wenn ein Lehrer sich bei-weise nicht schämt, ein sechsjähriges Kind zu schlagen, so darf ein Kind in diesem Alter nicht scheuen, sich gegen diesen Verhexer aufzulehnen.

Angeborene Hundebemut und Spießhastigkeit niedriger Renegateneselen ist freilich unfähig zu verstehen, daß ein Kind genau so berechtigt und verpflichtet ist, sich gegen jede Knechtung aufzulehnen wie ein Erwachsener.

Wieder eine neue Ortsgruppe

Aus eigener Initiative fanden sich hier eine Anzahl der ehemals besten USPD-Genossen, um eine Ortsgruppe der USPD zu gründen. Sie hatten erkannt, daß die jetzt inaktivität USPD nicht mehr gewillt ist, Arbeiterinteressen zu vertreten. Am letzten Sonntag fand nun die erste Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Albor aus Oppeln als Referent erschienen war. In seinen Ausführungen über das Thema „Was wollen die Kommunisten?“ legte Genosse Albor das nieder, was die neu gegründete Ortsgruppe für ihre fernere Tätigkeit notwendig hat. Mit rigem Interesse folgten die anwesenden Genossen den Ausführungen des Referenten. Einige Neuaufnahmen, darunter eine Genossin, waren der Erfolg, so daß die Ortsgruppe schon über 20 Mitglieder zählt.

Trotz der Sachlage, daß man in unseren Genossen in dem Lokal, wo gewöhnlich die Versammlungen der Gewerkschaften und USPD stattfinden, keinen Raum zur Abhaltung unserer Versammlung zur Verfügung stellte, geht es aufwärts. Auch die Schimpfkanonade des Erzieher Partikretärs der einzigen Tage vorher gegen die Kommunisten losgeworfene, hat nichts geholfen. Die USPD ist da und sie wird wachsen.

Achtung! Oberschlesische Ortsgruppen des Industriegebietes sowie der Kreise Godel und Gr.-Strehlitz

Freitag, den 20. Juli, abends 7 Uhr haben alle Funktionäre der Parteigruppen, gewerkschaftliche Vertrauensleute, Betriebsräte, Jugendfunktionäre in Oleśnik, Gütergasthaus, zu erscheinen.

Muß durch die Gruppenleitungen eingeladen werden.

APD, Bezirk Oberschlesien.

Waldburg-Itzsch

Unglücksfall. Am Donnerstag ereignete sich auf der Charlottenbrunner Straße, in der Nähe der Zwischstraße, ein Unglücksfall, der leider den Tod eines jungen Arbeiters forderte. Der Arbeiter stürzte von einem Lastkraftwagen so unglücklich ab, daß er unter den nachfolgenden Anhängern geriet, der ihm den Brustkorb zerquetschte. Eine deutliche Warnung für Kinder, die sich ebenfalls gern an diese Wagen hängen.

Oleśnik/Hindenburg

Höllein in Oberschlesien. Am 11. und 12. Juli sprach der Gen. Höllein vor überfüllten Versammlungen in Oleśnik und Hindenburg. In letzterem Orte standen die Arbeiter bis weit über die Straße und hörten die Ausführungen unserer Genossen an, der unter ungeheurem Beifall der Versammlung die Gewaltmethoden des französischen Präsidenten geißelte, der durch seine Raubpolitik im Interesse der herrschenden kapitalistischen Klasse Frankreich die gesamte deutsche Nation an den Abgrund bringe. Natürlich wurde diese Raubpolitik erst möglich durch die erbärmliche und verwerfliche Haltung der deutschen Kapitalisten, die sich nicht scheuten auf Kosten der Hand- und Kopfarbeiter in unerhörter Weise zu bereichern. Diese Leute, die sich Deutsche nennen, haben etwafäh einen Anspruch auf die

Betrieb - Gewerkschaft

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Am Sonntag, den 22. Juli, finden die Delegiertenwahlen zum 16. Verbandstage des ZMB in Cassel statt. Ueberall müssen unsere Genossen rüsten, um die Reformisten aus dem Sattel zu heben. Es geht um die Existenz und die Einheit des Verbandes. Jeder muß auf dem Posten sein. Jeder muß durch seine ganze Kraft daran mitwirken, überall der Riste der Opposition zum Siege zu verhelfen.

Jeder revolutionäre Arbeiter wählt am 22. Juli die Riste der Opposition. Es sind aufgestellt in der Wahlabteilung:

- Altwasser: Riste Franz, Friß, Waldenburg.
- Breslau: Riste Danner, Paul.
- Görlitz: Riste Schneider, Wills, Görlitz.
- Hindenburg: Riste Witsche, Artur, Bischoff.
- Beuthen, Oleśnik, Malabane: Riste Behr, Oleśnik, Gebhardt, Beuthen.
- Bunzlau, Neufals, Schweidnitz: Riste Fritsche, Paul, Bunzlau.
- Freiburg, Riegnitz, Mailberg: Riste Geister, Gustav, Riegnitz.
- Grünberg, Jirschberg: Riste Korweke, Grünberg.

ten Namen, denn sie machen auf der anderen Seite die glänzendsten Geschäfte mit demselben Dolcare, den sie in ihrer Presse am liebsten aufkreuzen möchten. Warum die Ruhrdeutsche einfach darum, weil bei dem zu schaffenden westlichen Monopolkraft ist, Frankreich und deutschen Stimmeln sich nicht ab zu den Voraussetzungen der Wirtschaften können. Frankreich strebt eine Verchtigung der Wirtschaften der mit der guten Ruhrdeute an und es ist ihm jedes Mittel recht, um zu diesem Ziele zu gelangen. Stimm und Kontorien sind nicht prinzipiell gegen diese Wirtschaften, sie wollen nur nach einer Raubmanier halbspart machen, während Frankreich 80 Prozent verlangt. Dieser letzte Punkt auf, wie die deutschen Kapitalisten in der Ruhr hatten die Ruhrdeute zu beschreiben, wenn sie mit der Hand soviel Material als möglich hatten, wie ihr Mund immer borgab. In der ganzen Steuerpolitik der deutschen Republik über keine ungeheure Ausbeutung der arbeitenden Massen, während der Ruhrdeute, wurde das selbige Mißglaub aus der Sozialdemokratie, die zu lange war, die Massen für die Sozialdemokratie auf den Plan zu rufen. Oh emittiert habe sie durch den Marktschilling der Arbeiter, die Arbeiter vom Kampf abgedrückt und auch jetzt präsentiere sie den Arbeitern ein riesiges Rudel in Gestalt der wertlosen Sozialdemokratie auf der Grundlage, daß die Arbeiterklasse immer mehr zu Grunde gehen muß. Höllein schließt mit der Aufforderung, abzu lassen von diesem verwerflichen Wege, einzig und geistlos als Hand- und Kopfarbeiter den Weg des Klassenkampfes zu gehen. Haben die den Gipfel des Berges erreicht, dann werden wir schnell und sicher das Vaterland haben können der Freiheit und der Demokratie. Ein gefeuerter Beifall wurde dem Genossen Höllein gezollt. In Oleśnik trat ein Wanderversorger aus dem Ruhrgebiet, ein Herr Imms, nach kommunistische Töne zu schwingen. Der junge Mann wußte nicht so recht, was er sollte und darum schloß er mit dem ach so lobnen „Deutschland Deutschland über alles“. Gen. Höllein deckte ihn sanft zu.

Ober-Salzbrunn

Aus dem Mieterverein. Am 1. Juli fand die diesjährige Generalversammlung im Hotel Schwert statt; sie war gut besucht. Tagesordnung war: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenericht, 3. Bezirkskonferenz, 4. Bericht des Wohnungskommissions-Mitgliedes, 5. Vorstandswahl und Verschiedenes. Zu Punkt 1 wurde die Tätigkeit des Vereins erläutert, aus der die Mitglieder ein arbeitsreiches Geschäftsjahr erblickten; zu Punkt 2 wurde der Kassenericht vom Kassierer mitgeteilt und von den Revisoren die ordnungsmäßige Führung bestätigt; daraufhin wurde ihm Entlastung erteilt. Zu Punkt 3 wurde vom Kassierer Haus Bericht von der Bezirkskonferenz gegeben. Bei Punkt 4, Bericht über die Tätigkeit des Wohnungsamts, entspann sich eine sehr scharfe Aussprache und nahm fast die Hälfte der ganzen Versammlungszeit in Anspruch. Scharf kritisiert wurde die Wohnungsverteilung, wobei sich herausstellte, daß die freierwerbenden Wohnungen höchst ungerecht verteilt werden. Es war wieder eine größere Wohnung an ein kinderloses Ehepaar gegeben worden, dagegen wurden kinderreiche Wohnungssuchende, die seit drei Jahren auf eine größere Wohnung warten, zurückgesetzt. Ein Wohnungssuchender beschwerte sich beim Bürgermeister Dr. Meyer über die ungerechte Wohnungsverteilung. Daraufhin wurde protokolllarisch niedergelegt, daß die erste freierwerbende passende Wohnung ihm zugewiesen werden sollte. Er wurde jedoch nicht berücksichtigt, sondern es steht nur auf dem Papier als Protokoll, Punkt 5. Vorstandswahl. Als Wahlleiter war Genosse W. Günzel gewählt. Es folgte die Wahl, aus der ersichtlich war, wie schwer es ist, einen Vorstand zusammen zu bekommen, da der alte Vorsitzende und Kassierer nicht mehr die Funktion annehmen wollten, aber im Interesse der volkswirtschaftlichen Verhältnisse sich dazu bewegen ließen, das Amt wieder anzunehmen. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Herzog, 2. Vorsitzender Emmerich, 1. Kassierer Haus, 2. Kassierer Winter, 1. Schriftführer Simon, 2. Schriftführer Wegig, und Revisoren Wies und Pfeiffer. Geschäftsführer Kuer war bis zum Wahlergebnis anwesend, und gab verschiedentlich praktische Winke. In Punkt Verschiedenes war Vortrag über die Ertragsverteilung und wurde einstimmig pro Monat und Mitglied ein Beitrag von 1000 Mark festgesetzt. Vom Mittelteil J. wurde ein Extrabeitrag von 5000 Mark gezahlt. Es wurde noch die Bezirkskommission-Wahl vorgenommen, aus dieser gingen die Genossen Wurde, Werner, Simon und W. Günzel hervor. Kurz nach 6 Uhr schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

- Orteg, Kobenau, Niesky, Ratibor: Riste Puppe, Paul, Kobenau.
- Ogaw, Jauer, Reula, Königshuld, Reife, Neurode, Saarau, Siriegau: Riste Feige, Stiller, gau.
- Bernsdorf, Bernstadt, Glas, Gnadenfrei, Jankowschwerdt, Jahnau, Krappitz, Langenbickel, Münsterberg, Neumarkt, Riegnitz, Sels, Ohlau, Oppela, Pöschlau, Penzig, Brimlenau, Reichel, Rade, Reichenstein, Strehlen, Terehlenhütte, Terehly, Weißwasser: Riste Rudolph, Weißwasser.

Alle anderen Listen sind ungültig für revolutionäre Metallarbeiter. Jede Stimme auf einer dieser Listen unterstützt die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und hilft mit, den Bonzen der Arbeiterfeindlichen Treiben zu erleichtern. Willst du deshalb nicht mitkolludieren werden an der verhandelschädigenden Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, so hast du die Pflicht, deine Stimme der Opposition zu geben und den Betrieb und Gewerkschaft dafür zu werden. Auf jede Stimme kommt es an! Tue deine Pflicht!

Die Organisierung unserer Gewerkschaftsarbeit

II.

Unter Berücksichtigung der Opposition.

Alle Maßnahmen der Kommunisten zur Rettung der gewerkschaftlichen Einheit vor den Erhaltungswilligen der reformistischen Verbandsführer sind von den zünftigen Bürokraten der U.S.D. zum Anteil genommen, ein heuchlerisches Geschrei ausstimmend über die „Opferbereitschaft der Kommunisten“. Neuerung ist eine ihrer beliebtesten Mittel, in der bekannten demagogischen Weise die Arbeiter heranzuführen, daß die reformistische Partei neben dem Mitgliedsbeitrag einen Sonderbeitrag zur Finanzierung der Gewerkschaftsarbeit erhebt. Es nehmen dieses zum Vorwand, um zu behaupten, die Kommunisten planten die Zerschlagung der Gewerkschaften, indem sie die Opposition organisierten und von ihr Beiträge erhoben. Gegenüber diesem hysterischen Geschrei sind die Arbeiter, die ihr schlechtes Gewissen durch solchen Methoden greifen läßt, steht der klare, unabweisliche Beschluß des Zentralkomitees:

Der jeweils von der Zentrale festzusetzende Monatsbeitrag zur Finanzierung unserer Arbeit in den Gewerkschaften ist ein Teil des regulären Parteibeitrags. Wie dieser, so ist auch der Sonderbeitrag nur für die Parteimitglieder obligatorisch.

An Deutlichkeit läßt dieser Beschluß nichts zu wünschen übrig.

Die großen Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sowohl der SPD, als auch der Indifferenzen, leben mit jedem Tage deutlicher, wozu sie durch die arbeitgemeinschaftliche Bürokratie geführt werden. Nur die Vertreter unserer Partei zeigen den Arbeitern und Ansehlichen einen Weg, der sie aus dem Glend herausführen kann. Nur der rücksichtslose Kampf in breiter Klassenfront gegen den

Kapitalismus hat Aussicht auf Erfolg. Immer größere Kreise der Arbeiterklasse begreifen das. Die Folgerung ist, daß sich immer mehr Arbeiter um die proletarische Vorhut der Gewerkschaften scharen.

Sagt an diese mit uns sympathisierenden Arbeiter unsere Kampfmarken vertrieben werden, und daß wir uns ihnen sammeln lassen. Wir lassen diese Rechte nicht von der SPD beschneiden lassen. Wir nehmen die Mitglieder unserer Mitglieds- und die freiwilligen Beiträge der Opposition zur Finanzierung der Verteidigung der durch die Bürokraten gefährdeten gewerkschaftlichen Organisationen. Wir lassen uns in dieser Frage am wenigsten von der SPD beeinflussen machen, die die Beiträge aller Gewerkschaftsmitglieder für ihre Parteizwecke mißbraucht, die als Partei überhaupt nur lebt vom Organisationsapparat der SPD.

Der Haß der Bürokraten gegen uns ist nur der Ausdruck ihrer eigenen Schwäche. Die Massen der Arbeiter in den Gewerkschaften treten zur Opposition, sammeln sich um das Banner der SPD, und werden gemeinsam mit derselben sich für den Klassenkampf in den Gewerkschaften einsetzen.

Wir können drüben unseren Genossen getroffen verlassen, wie sie ihr Verhältnis zur Opposition gestalten. Ueber die Beschaffung der Parteibeiträge Finanzierung unserer Gewerkschaftsarbeit dürfte bei allen Kommunisten Klarheit herrschen, insbesondere darüber, daß die grünen Kampffondsmarken nur für die Kommunisten bestimmt sind. Nur diese sind verpflichtet, in diese Marken die Kampffondsmarken zur Finanzierung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben einzulassen. Die Fortreibung der Kampffondsmarken an die mit uns sympathisierenden Arbeiter bleibt nach wie vor unter gutes Recht. Wenn wir im Sinne der Parteibeschlüsse arbeiten, dann wird es uns ein leichtes sein, die Scharen der oppositionellen Arbeiter um

und zu sammeln. Ihrem dumpfen Wollen Ziel und Inhalt zu geben, zum Wohle und Segen der gelamten deutschen Arbeiterklasse!

Die oberösterreichischen Proleten rechnen ab

Verschiedene Betriebsräte haben beim letzten Streik eine geradezu erbärmliche Rolle gespielt. Als getreue Katen und Feilballe der Unternehmer und Gewerkschaftsbürokraten haben sie versucht, die Bewegung zu zerschlagen. Die Arbeiter geben ihnen die Antwort. In Obleimig sprechen die Arbeiter von Gultschinsky altes Wert dem Betriebsrat das schärfste Mißtrauen aus. Der Betriebsrat mußte abtreten. Ebenso der Betriebsrat der Oberösterreichischen Eisen-Industrie und der Betriebsrat Gultschinsky Stahlrohrenwerk. Die Arbeiterklasse muß dafür sorgen, daß bei der Wahl Kollegen gewählt werden, die gewillt sind, sich restlos für die Kollegenchaft einzusetzen. Noch einige größere Betriebe müssen gereinigt werden, um zu erzielen, daß auch in Obleimig wieder der Glaube an die Arbeiterbewegung erstarkt. Sind erst die Saboteure beseitigt, so ist mit einem Aufschwung der freien Gewerkschaftsbewegung zu rechnen.

Mitglieder des DMB!

Der reformistische Hauptvorstand hat in den letzten Jahren

über 1000 Ausschüsse vollzogen oder eingeleitet. Wirst du, daß es anders wird, willst du, daß deine Organisation geschlossen und kampftätig

bleibt, so wähle am Sonntag, den 22. Juli, bei der Wahl zum Verbandstag mit die

Delegierten der Opposition!

Die Kapitalisten fürchten die Einheitsfront.

Nichts ist besser geeignet, die Ruhe der Kapitalisten zu stören, als der entschlossene Wille der Arbeiterklasse, die internationale Einheitsfront zu verwirklichen. Wir entnehmen der „Chicago Tribune“ folgende Meldung:

„Auf die Nachricht, daß zwischen den Bergarbeiterverbänden der Vereinigten Staaten, Groß-Britanniens und anderer Länder eine Vereinbarung zustande gekommen sei, daß im Falle eines Streiks in Amerika keine Kohle dorthin gelangen solle, erklärte der Generalstaatsanwalt, daß er die Annullierung des Konvention herbeiführen werde, wenn sie die Kohlenversorgung zwischen einzelnen Staaten der Union beeinträchtigt. Der Generalstaatsanwalt hat den Vorsitzenden der Kohlenkommission beauftragt, eine Untersuchung der Angelegenheit vorzunehmen. Wenn sich die Nachricht von dem Bergarbeiterabkommen als wahr erweise, verspreche er, prompt und kräftig einzugreifen.“

Die außerdem an dem Abkommen beteiligten Transportarbeiter im Verein mit den Bergarbeitern werden sich durch die Gewaltbrohungen der amerikanischen Kapitalisten nicht in ihrer einheitslichen Solidaritätsaktion erschüttern lassen.

Genossen sammelt eifrig für den revolutionären Kampffonds.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dornow. Für den Inseratenteil: Max Bschowert. Redaktion und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. S. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Sprechchor.

Dienstag, den 17. Juli, abds. 7/8 Uhr, im Schichtwerder. Vorbereitung für den Antifaschistentag. Es müssen alle Genossen und Genossinnen erscheinen.

Beraminungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 150 Mark.

- KPD** Bezirksleitung: Wäre u. Höhe: Breslau, Zentralfstr. 50. Tel. Ring 537. Abends: Wäre u. Höhe: Breslau, Zentralfstr. 50.
- Breslau, Dienstag, den 17. Juli, abds. 7 Uhr, im Versammlungssaal, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der Gewerkschaften. Jede Genossin muß unbedingt erscheinen. Beitrag sammeln.
- Breslau, den 17. Juli, abds. 10 Uhr, im Versammlungssaal der Produktiv-Genossenschaft, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der arbeitenden Genossen. Alle erwerbsfähigen Genossinnen und Genossen sind zu erscheinen. Beitrag sammeln.
- Breslau, den 18. Juli, abds. 7/8 Uhr, im Versammlungssaal der Produktiv-Genossenschaft, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der arbeitenden Genossen. Beitrag sammeln.
- Breslau, den 19. Juli, abds. 7/8 Uhr, im Versammlungssaal der Produktiv-Genossenschaft, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der arbeitenden Genossen. Beitrag sammeln.

KJD

- Bezirksleitung: Wäre u. Höhe: Breslau, Zentralfstr. 50. Tel. Ring 537. Abends: Wäre u. Höhe: Breslau, Zentralfstr. 50.
- Breslau, den 17. Juli, abds. 7 Uhr, im Versammlungssaal, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der Gewerkschaften. Jede Genossin muß unbedingt erscheinen. Beitrag sammeln.
- Breslau, den 17. Juli, abds. 10 Uhr, im Versammlungssaal der Produktiv-Genossenschaft, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der arbeitenden Genossen. Alle erwerbsfähigen Genossinnen und Genossen sind zu erscheinen. Beitrag sammeln.
- Breslau, den 18. Juli, abds. 7/8 Uhr, im Versammlungssaal der Produktiv-Genossenschaft, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der arbeitenden Genossen. Beitrag sammeln.
- Breslau, den 19. Juli, abds. 7/8 Uhr, im Versammlungssaal der Produktiv-Genossenschaft, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der arbeitenden Genossen. Beitrag sammeln.

Schlesien, Donnerstag, den 19. Juli, abds. 7 Uhr, im Versammlungssaal, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der Gewerkschaften. Jede Genossin muß unbedingt erscheinen. Beitrag sammeln.

KKG

Kommunistische Arbeiter-Gruppe. Bezirksleitung: Breslau, Zentralfstr. 50.

Gewerkschaften

Breslau, Fraktion der Metallarbeiter. So die Wahl zum Vorstand für den 17. Juli, abds. 7 Uhr, im Versammlungssaal, Rindfleischstr. 45/47. Versammlung der arbeitenden Genossen. Alle erwerbsfähigen Genossinnen und Genossen sind zu erscheinen. Beitrag sammeln.

Suche möbliert. Zimmer

oder andere Schlafstelle für 1 od. 2 Personen Preis Nebenjahe. Schick, Breslau, Zentralfstr. 50.

Für die vielen Glückwünsche zu unserer Hochzeit sagen wir allen Genossen und Freunden den herzlichsten Dank.
Trebitz, im Juli 1923.
Hermann Leuschner und Frau Pauline, geb. Laske.

Schauspielhaus.

Opernhaus. Telefon 2. 2545. Dienstag und täglich 7 1/2 Uhr Die kleine Sinderin. Samstag 7 1/2 Uhr. Gastspiel d. Moskauer Kammer-Theaters Giroffe - Giroffa.

Jugend-Genosse

Sucht für bald Schlafstelle gegen gute Bezahlung. Angebote an die Expedition dieser Zeitung.

Weiterer Genosse

Sucht für sofort ein sauberes möbliertes Zimmer. Anfragen unter A.B. an der Expedition dieser Zeitung abzugeben.

H. Freudenberger

Breslau 1, Kupferhammerstr. 54. Eingang Lange Gasse. Häute - Felle Rauchwaren. Einkauf und Verkauf. Telefon Chie 9146.

Per sofort

für lohnende Beschäftigung eine Anzahl redegewandte Genossen gesucht. Zu melden in der Produktiv-Genossenschaft Breslau, Trebniker Straße 50.

Beachtet unsere Inserenten!

Eine ganze Bibliothek für nur 30000 Mark

erhalten Sie durch das Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923. Es enthält alles, was man im täglichen Leben nicht missen darf: wichtige Reichsgesetze, Kommunalverwaltung, Gewerkschaftsleitung, Parteiführer, die gesamte Sozialversicherung, Gewerkschaftsorganisation, Arbeiterkultur, Arbeitsvermittlung, Reichsministerien, Lohn- und Tarifverträge, Volkswirtschaft, Staatsbankrott, Indusriefragen, Wirtschaftskrisen, Politik, Kultur, Produktion, Außenhandel, Arbeitslosigkeit usw. Beim Zeitungslernen, in der Versammlungsdebatte, beim Studium zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Schutze eigener Interessen stets hilft Ihnen schnell und sicher das Arbeitnehmer-Jahrbuch! In Leinwand gebunden Preis 30000.- Mark. Zu beziehen durch Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien e. S. m. b. H. Breslau, Zentralfstr. 49/50 - Abteilung Buchhandlung.

BOBROWSKY & ZELLNER

Allergrößtes Spezial-Haus für Manufakturwaren, Modewaren, Leinwandwaren, Baumwollwaren am Platze

FERNSPRECHANSCHLUSS: NR. 272 RING 22 GLEIWITZ RING 22 FERNSPRECHANSCHLUSS: NR. 272